

Ost-West-Pendeln gehört zur Normalität des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes .....	861
Die Einkommen in Ostdeutschland steigen weiter — auch die Einkommensarmut nimmt wieder zu ..	867

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 51-52/94

Berlin

3. Ex  
Bibliothek

22. Dezember 1994

61. Jahrgang

### Ost-West-Pendeln gehört zur Normalität des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes

*Eine Folge der Vereinigung Deutschlands war, daß eine wachsende Zahl ostdeutscher Arbeitnehmer zu einem Arbeitsplatz in Westdeutschland pendelte. Als im Jahre 1991 schließlich über 300 000 Personen zu „Westpendlern“ geworden waren, wurde dies in Ostdeutschland mit großer Skepsis betrachtet, da die „Fernpendler“ als die „Verlierer“ der deutschen Einheit betrachtet wurden. Inzwischen zeigt sich, daß in den neuen Bundesländern nicht mehr Menschen zu einem Arbeitsplatz pendeln, als dies in Westdeutschland seit langem zur Normalität gehört. Die meisten Westpendler sind auch keine ausgesprochenen Fernpendler, da die Hälfte aus Ostberlin oder der näheren Umgebung nach Westberlin pendeln und viele andere in der Nähe eines alten Bundeslandes wohnen. Bei den Westpendlern handelt es sich inzwischen auch nicht mehr um eine überdurchschnittlich junge sowie überwiegend männliche Gruppe, sondern die Charakteristika der Pendler entsprechen zunehmend dem Durchschnitt der ostdeutschen Arbeitnehmer. Das West-Ost-Pendeln von über 5 vH der ostdeutschen Erwerbstätigen ist zu einem unverzichtbaren Scharnier zwischen den beiden deutschen Teilarbeitsmärkten geworden. Umgekehrt pendelt annähernd 1 vH der westdeutschen Erwerbstätigen in die neuen Bundesländer. Steigende Pendlerzahlen innerhalb Ostdeutschlands sowie hohe Pendleranteile in Westdeutschland weisen auf eine hohe Bereitschaft der Erwerbstätigen zur Flexibilität hin.*

#### Zur Entwicklung der Zahl der Pendler

Das DIW hat unmittelbar nach der Wiedervereinigung im Frühjahr 1991 begonnen, das Arbeitskräftependeln mit Hilfe der Erhebungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zu beobachten und zu analysieren<sup>1</sup>. Die Erhebung wird jeweils im Frühjahr eines jeden Jahres durchgeführt. Diese Wiederholungsbefragung erlaubt differenzierte Strukturanalysen sowohl für Erwerbstätige, die am Wohnort beschäftigt sind, wie für Pendler<sup>2</sup>. Als Pendler werden diejenigen Erwerbstätigen bezeichnet, die nicht am Arbeitsort wohnen, wobei beim Wohnort Berlin zwischen Ost und West unterschieden wird.

Vergleicht man mehrere statistische Quellen, wird man bezüglich der Zahl der in den Westen Pendelnden verwirrt.

Da diese mit etwa 5 vH der Erwerbstätigen in Ostdeutschland einen nur kleinen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen, ist die absolute Zahl dieser Gruppe mit Stichproben nicht exakt bestimmbar. In der Nähe der Zahlen aus

<sup>1</sup> Vgl. Pendler und Migranten — Zur Arbeitskräftemobilität in Ostdeutschland. Bearb.: Wolfgang Scheremet und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/1992.

<sup>2</sup> Der Analyse liegen Daten aus den Erhebungsjahren 1991 bis 1994 des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zugrunde. Das SOEP ist eine Wiederholungsbefragung, die vom DIW seit 1984 jährlich in den alten Bundesländern durchgeführt wird. Im Juni 1990, also kurz vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, wurde das SOEP auf das Gebiet der DDR ausgedehnt. Vgl. Jürgen Schupp und Gert Wagner: Die DDR-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panel. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/3-1990, S. 152-159.

dem SOEP liegt die im „Arbeitsmarkt-Monitor“<sup>3</sup> ermittelte Größenordnung der Gesamtzahl der West-Pendler. Darüber hinaus liefern auch die Daten der Beschäftigtenstatistik Hinweise über den Umfang der West-Pendler. Diese Daten bilden zugleich die Grundlage für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)<sup>4</sup>. Stellt man diese unterschiedlichen Datenquellen gegenüber, so kann die im Arbeitsmarkt-Monitor ermittelte Pendlerzahl eher als Obergrenze angesehen werden und die entsprechenden Zahlen der Beschäftigtenstatistik eher als Untergrenze<sup>5</sup>.

Da es sich beim SOEP um eine Stichprobe von nur etwa 4 000 Personen handelt, ist der Stichprobenfehler relativ groß, wenn man aus diesen Daten die absolute Zahl von Pendlern mittels Hochrechnung bestimmen möchte. In den Jahren 1991 bis 1994 wurden jeweils ungefähr 130 Westpendler mit der Stichprobe erfaßt. Tabelle 1 zeigt die Erwartungswerte der hochgerechneten Pendlerpopulation, die sich zwischen 345 000 und 393 000 Pendlern für 1991 bis 1994 bewegen. Zwar stieg auch im SOEP die Zahl der Pendler seit März/April 1991, jedoch nicht in dem Ausmaß wie im Arbeitsmarkt-Monitor.

Freilich liegen die beiden Zahlen weit weniger auseinander, als dies auf den ersten Blick erscheint, da sowohl das SOEP als auch der Arbeitsmarkt-Monitor einen Stichprobenfehler aufweisen. Für das SOEP kann das DIW den Stichprobenfehler als „Konfidenzintervall“ errechnen, das angibt, wie groß der unterste und der oberste Wert für die Zahl der Pendler sind, die aufgrund des Stichprobenfehlers nicht ausgeschlossen werden können<sup>6</sup>. Da der Arbeitsmarkt-Monitor ein ähnliches Konfidenzintervall aufweist,

überdecken sich die obere Schranke nach dem SOEP und die untere Schranke nach dem Arbeitsmarkt-Monitor. D.h., daß beide hochgerechneten Zahlen für Pendler sich statistisch gesehen nicht signifikant unterscheiden.

<sup>3</sup> Der im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführte „Arbeitsmarkt-Monitor“ zur kontinuierlichen Beobachtung des Arbeitsmarktes mit Hilfe wiederholter repräsentativer Befragungen stellt eine wichtige Ergänzung der zwischenzeitlich auch für die neuen Bundesländer verfügbaren amtlichen Statistiken (wie der Beschäftigtenstatistik) dar. Vgl. hierzu Infratest Sozialforschung (1991): Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer. BeitrAB 148.1, Nürnberg, sowie zu den jüngsten Ergebnissen dieser Befragung Infratest Sozialforschung (1994): Daten für November 1993 — Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse, München.

<sup>4</sup> In der VGR wird für einige Wirtschaftszweige eine größere Zahl an Pendlern, als in der Beschäftigtenstatistik errechnet werden, ausgewiesen.

<sup>5</sup> In der Beschäftigtenstatistik werden „Wochenendpendler“, die einen Zweitwohnsitz in Westdeutschland angemeldet haben, nicht als Westpendler identifiziert. Im Arbeitsmarkt-Monitor sind auch Nebenerwerbstätige enthalten (diese Pendlergruppe wird auch vom SOEP nicht erfaßt). Zu einer Untersuchung über unterschiedliche Abgrenzungskriterien vgl. Frido Dietz et al.: Ostdeutsche Arbeitskräfte in Westdeutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 25, Heft 4, 1992, S. 499-518.

<sup>6</sup> Berechnet wird ein Konfidenzintervall, dessen Grenzen angeben, in welchem Bereich die Zahl der Pendler mit einer Wahrscheinlichkeit von 93 vH liegt (man nennt dies auch eine „Irrtumswahrscheinlichkeit“ von 7 vH). Vgl. zu den statistischen Grundlagen dieser Berechnung Ulrich Rendtel: Die Schätzung von Populationswerten in Panelerhebungen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Jg. 75, Heft 3, 1991, S. 225-244.

Tabelle 1

Zahl der West-Pendler in Ostdeutschland  
in 1000

Bezugszeitraum	Arbeitsmarktmonitor	Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
Jahresdurchschnitt 1990			84
November 1990	206		
März/April 1991		345 (254-461) <sup>1)</sup>	
Jahresdurchschnitt 1991			325
November 1991	541		
März/April 1992		365 (302-465) <sup>1)</sup>	
Juli 1992	446		
Jahresdurchschnitt 1992			425
November 1992	506		
März/April 1993		366 (267-472) <sup>1)</sup>	
Jahresdurchschnitt 1993			432
November 1993	607		
März/April 1994 <sup>2)</sup>		393 (303-546) <sup>1)</sup>	

<sup>1)</sup> Angaben in Klammern: unterer und oberer Wert des statistischen „Vertrauensbereichs“ (Konfidenzintervall) bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 7 vH (vgl. Rendtel 1991). — <sup>2)</sup> Für 1994 vorläufige Hochrechnung.

Quellen: Infratest-Sozialforschung 1993, Statistisches Bundesamt; SOEP und eigene Berechnungen.

Tabelle 2

Anteil der Erwerbstätigen in Deutschland, die nicht am Arbeitsort wohnen  
in vH

	Ostdeutschland				West- deutschland
	1991	1992	1993	1994 <sup>1)</sup>	1993
Erwerbstätige insgesamt	100	100	100	100	100
— Pendler nach West- bzw. Ostdeutschland	4,5	5,4	5,3	5,8	0,8
— Pendler innerhalb Ost- bzw. Westdeutschlands	27,0	29,6	34,3	34,2	41,8

1) Für 1994 vorläufige Hochrechnung.  
Quelle: SOEP.

Wie Vergleiche mit dem Mikrozensus zeigen, erlauben beide Stichproben über Strukturen zutreffende Aussagen<sup>7</sup>. Der Vorteil von Befragungsdaten über Pendler liegt in den Möglichkeiten, die sozio-demographischen Merkmale dieser Personengruppe sowie deren Wandel bestimmen zu können, was mit den Daten der Beschäftigtenstatistik in der Regel nicht möglich ist.

**Wachsende regionale Arbeitskräftemobilität  
in Ostdeutschland**

Man kann ostdeutsche Arbeitnehmer danach unterscheiden, ob sie ihren Arbeitsplatz an ihrem Wohnort haben (keine Pendler), ob sie zu einem Arbeitsplatz in Ostdeutschland pendeln (Ostpendler) oder nach Westdeutschland, einschließlich Westberlin. Die letzte Gruppe wird als Westpendler bezeichnet. Nur für das Jahr 1993 sind Vergleiche zwischen Pendlern in Ost- und Westdeutschland möglich, da im SOEP für Westdeutschland die entsprechenden Fragen nicht in jedem Jahr erhoben werden.

Wie Tabelle 2 zeigt, ist der Grad der räumlichen Mobilität der Erwerbstätigen Ostdeutschlands praktisch schon so hoch wie bei den Arbeitnehmern Westdeutschlands, von denen im Frühjahr 1993 immerhin insgesamt 42 vH Pendler waren. Insgesamt sind 40 vH der ostdeutschen Erwerbstätigen Pendler<sup>8</sup>. Da von 1991 bis 1994 die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland um rund eine Million gesunken ist, die Quoten aber gestiegen sind, macht dieses Phänomen deutlich, daß Pendeln ein Weg ist, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die verbesserte Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland dürfte diese Entwicklung gestützt haben.

**Merkmale des Arbeitsweges von Pendlern  
in Ost- und Westdeutschland**

Tabelle 3 zeigt, daß knapp drei Viertel aller Westpendler aus Ostdeutschland 1993 täglich einen Arbeitsweg von durchschnittlich 29 km zurücklegten und dafür durchschnittlich 52 Minuten benötigten. Die tägliche zeitliche

Belastung ist dabei etwa doppelt so hoch wie für die Gruppe der Pendler innerhalb Ostdeutschlands; wobei hierbei jedoch auffällt, daß häufiger der eigene Pkw oder Fahrgemeinschaften als Verkehrsmittel zum Arbeitsort gewählt werden.

40 vH aller Ost-West-Pendler nutzten 1993 öffentliche Verkehrsmittel wie Busse, Bahn oder Straßenbahn für ihren Arbeitsweg. Pendler in Westdeutschland präferieren für ihren Arbeitsweg deutlich häufiger den eigenen Pkw.

Tabelle 3 zeigt weiterhin, daß reichlich die Hälfte aller Westpendler den Arbeitsweg als große Belastung empfindet, während dies lediglich bei knapp jedem fünften Pendler innerhalb der neuen Bundesländer der Fall ist. Gleichwohl sind die subjektiven Einschätzungen der Belastungen von Pendlern innerhalb der neuen Bundesländer ähnlich hoch, obgleich die durchschnittliche Entfernung um 5 km geringer und die durchschnittliche Dauer der Fahrtzeit kaum größer ist. Auch diese Ergebnisse zeigen, daß sich das Mobilitätsverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland anzunähern beginnt.

**Struktur der West-Pendler und deren Veränderung**

Tabelle 4 zeigt die Entwicklung der sozio-demographischen Struktur der Erwerbstätigen in Ostdeutschland<sup>9</sup>. Im

<sup>7</sup> Vgl. für das SOEP, Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel: 10 Jahre Sozio-ökonomisches Panel (SOEP). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2- 1993; sowie Infratest Sozialforschung, a.a.O., 1994.

<sup>8</sup> Wiederum gibt es sowohl für die ost- wie die westdeutsche Hochrechnung einen Stichprobenfehler. Die Konfidenzintervalle beider Stichproben zeigen, daß die statistisch abgesicherten Unterschiede lediglich noch 1 vH betragen. Rechnet man die Westpendler Ostdeutschlands zur Gesamtquote der Arbeitspendler, unterscheidet sich diese nicht mehr von der westdeutschen Pendlerquote.

<sup>9</sup> Alle im Text hervorgehobenen Unterschiede zwischen den verschiedenen Erwerbskategorien wurden mit Hilfe von Regressionsmodellen auf ihre statistische Signifikanz geprüft. Vergleiche zu dieser Methode Stefan Sandbrink, Zur Soziodemographie des Ost-West-Pendelns. Diskussionspapier aus der Fakultät für Sozialwissenschaften der Ruhr-Universität, Bochum 1994.

Tabelle 3

Merkmale des Arbeitsweges von Pendlern in Ost- und Westdeutschland 1993

	Pendler in Ostdeutschland		Pendler in Westdeutschland	
	in alte Bundesländer (Westpendler)	innerhalb der neuen Bundesländer	in neue Bundesländer <sup>1)</sup>	innerhalb der alten Bundesländer
Häufigkeit des Pendelns (in vH)				
Täglich	72	92	59	94
Wöchentlich	20	7	38	4
Seltener	8	1	3	2
Durchschnittliche Entfernung (in km)				
Tagespendler	29	16	25	21
Durchschnittliche Dauer (in Minuten)				
Tagespendler	52	29	41	27
Verkehrsmittelwahl in vH				
— Bus, Bahn, Straßenbahn	40	18	9	13
— Pkw als Selbstfahrer	57	72	79	78
— Pkw als Mitfahrer	2	6	11	7
— sonstige	1	4	1	2
Subjektive Belastungsquote <sup>2)</sup>				
— in finanzieller Hinsicht	19	19	32	18
— in zeitlicher Hinsicht	51	19	40	18
— körperlicher/ nervlicher Hinsicht	24	10	29	10

<sup>1)</sup> Berechnet auf Basis von 55 Fällen in der Stichprobe. — <sup>2)</sup> Auf die Frage „Empfinden Sie Ihren Arbeitsweg insgesamt als große, geringe oder gar keine Belastung“ antworteten mit „große Belastung“ bei den Einzelkategorien.

Quelle: SOEP 1993.

Jahre 1991 unterschieden sich die Westpendler von den sonstigen Erwerbstätigen in Ostdeutschland vor allem dadurch, daß sie überdurchschnittlich jung waren, männlich, eine nur niedrige bzw. mittlere Schulbildung aufwiesen und entsprechend überdurchschnittlich als un- oder angelernte Arbeiter tätig waren (und unterdurchschnittlich als hochqualifizierte Angestellte). Seither hat sich die Altersstruktur der Westpendler derart angepaßt, daß sie sich nur noch wenig von der der sonstigen Erwerbstätigen unterscheidet. Auch der Anteil der Männer ging soweit zurück, daß er im Jahre 1994 erstmals nicht mehr signifikant von dem der Frauen abwich. D.h., daß Westpendeln inzwischen für Frauen ebenso wahrscheinlich geworden ist wie für Männer. Eine niedrige bzw. mittlere Schulbildung ist inzwischen nicht mehr mit mehr Westpendeln verbunden; umgekehrt ist inzwischen für Facharbeiter, ebenso wie für un- und angelernte Arbeiter die Wahrscheinlichkeit, im Westen zu arbeiten überdurchschnittlich hoch. Während dies im Jahre 1993 auch für Auszubildende galt, ist dieser Effekt im Jahre 1994 nicht mehr zu beobachten. Hier dürfte sich der rezessionsbedingte Rückgang der Zahl der Ausbildungsplätze im dualen System bemerkbar gemacht haben sowie die Bemühungen, daß in Ostdeutschland ausreichend Ausbildungsplätze für Abgangsklassen geschaffen werden.

Im Jahr 1994 haben ostdeutsche Erwerbstätige mit Universitätsabschluß erstmals eine höhere Chance, im Westen einen Arbeitsplatz zu finden als andere.

Vergleicht man die West- mit den Ostpendlern, so unterscheiden sie sich in ihrer Struktur im Jahre 1994 praktisch nicht mehr voneinander. Lediglich Erwerbstätige mit Universitätsabschluß weisen eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, in den Westen statt innerhalb des Ostens zu pendeln. In den Jahren 1991 und 1992 war für Männer die Wahrscheinlichkeit, in den Westen zu pendeln, höher als 1994 (Tabelle 5). Eine niedrige Schulbildung war generell eher hinderlich für das Westpendeln, während die Wahrscheinlichkeit für un- und angelernte Arbeiter überdurchschnittlich hoch war<sup>10</sup>.

Auch die durchschnittlichen nominalen Lohndifferenzen zwischen Westpendlern und den übrigen ostdeutschen Beschäftigten haben sich seit 1991 verringert. Lag der finanzielle Gewinn der Pendler von Ost nach West im Frühjahr 1991 noch bei fast einer Verdopplung des Erwerbseinkommens, so beträgt dieser ‚Lohnabstand‘ im Durchschnitt

<sup>10</sup> Hierbei dürfte eine Rolle spielen, daß es Westpendlern nicht immer gelang, eine ausbildungsadäquate Beschäftigung auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt zu finden.

Tabelle 4

Sozio-demographische Struktur von Pendlern in Ostdeutschland 1991 und 1994

	Erwerbstätige insgesamt <sup>1)</sup>		Pendler				Kein Pendler	
	1991	1994	Westpendler in alte Bundesländer		Ostpendler innerhalb d. neuen Bundesländer		1991	1994
Fallzahlen	2 836	2 207	131	132	784	759	1 921	1 316
Hochgerechnet (in 1000)	7 690	6 741	345	393	2 078	2 306	5 267	4 041
	in vH							
Geschlecht								
Männer	54	55	83	68	65	60	49	51
Frauen	46	45	17	32	35	40	51	49
Altersgruppen								
17 bis 25 Jahre	16	17	28	23	23	20	13	14
26 bis 35 Jahre	28	32	39	32	28	33	27	31
36 bis 45 Jahre	23	25	23	28	21	23	24	26
46 bis 55 Jahre	27	23	10	15	23	22	29	25
56 bis 65 Jahre	6	3	0	2	4	2	8	4
Durchschnittsalter in Jahren	38	37	32	34	36	36	40	38
Familienstand								
verheiratet	69	69	63	61	64	69	71	69
ledig	21	24	31	36	28	25	18	23
geschieden	8	6	5	3	6	5	9	6
verwitwet	2	1	1	0	2	1	2	2
Schulbildung								
niedrig	30	25	13	23	27	24	33	26
mittel	55	59	70	60	62	63	52	56
hoch	15	16	17	17	12	13	15	18
Berufsbildung								
kein Abschluß	6	7	9	7	10	9	5	6
Lehre	60	61	64	58	64	61	59	54
höherer Abschluß	23	24	18	21	17	20	26	27
Uni	9	11	8	14	9	9	10	12
anderer Abschluß	1	1	1	0	1	1	1	1
Stellung im Beruf								
Auszubildender	4	7	5	10	8	10	3	6
un-/angel. Arbeiter	11	10	22	10	9	10	11	10
Facharbeiter	39	29	42	43	33	35	30	25
einfache Angestellte	14	11	10	11	12	10	16	11
qualif. Angestellte	15	21	11	13	12	19	17	22
hochqualif. Angestellte	15	12	7	8	14	10	16	13
Sonstige	2	10	3	5	2	6	7	13
Kinder unter 16 Jahren im Haushalt								
ja	48	49	61	49	47	50	48	49
nein	52	61	39	51	53	50	52	51
Haushaltsgröße durchschnittlich	3,1	3,1	3,1	3,2	3,2	3,2	3,0	3,0
Individueller Arbeitsver- dienst pro Monat (durchschnittlich in DM)								
brutto	1 500	2 800	2 800	3 200	1 500	2 700	1 500	2 800
netto	1 200	1 900	2 000	2 200	1 100	1 900	1 100	1 900

Quelle: SOEP 1991 und 1994 (für 1994 vorläufige Hochrechnung).

Tabelle 5

Regionale Struktur von Pendlern in Ostdeutschland 1991 und 1994

	Erwerbstätige insgesamt		Pendler				Kein Pendler	
	1991	1994	Westpendler in alte Bundesländer		Ostpendler innerhalb d. neuen Bundesländer		1991	1994
			1991	1994	1991	1994		
<b>Bundesland (Herkunftsregion)</b>								
Ostberlin	7	10	19	35	1	1	8	13
Mecklenburg-Vorpommern	12	11	12	11	11	13	12	10
Brandenburg	16	17	16	17	17	19	15	16
Sachsen-Anhalt	19	18	18	10	19	19	20	18
Thüringen	17	16	18	16	21	19	15	15
Sachsen	29	28	15	11	31	29	30	28
<b>Arbeitsort</b>								
Westberlin	1	3	31	52	—	—	—	—
Sonstige alte Bundesl.	3	3	69	48	—	—	—	—
Neue Bundesländer	96	94	—	—	100	100	100	100

Quelle: SOEP 1991 und 1994 (für 1994 vorläufige Hochrechnung).

lediglich noch reichlich 20 vH (Tabelle 4). Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Anstieg der Löhne und Gehälter in Ostdeutschland zurückzuführen.

Von den hochgerechneten 365 000 Personen, die im Frühjahr 1991 in den Westen pendelten, macht sich noch immer etwa ein Viertel auf diesen Arbeitsweg (Tabelle 6).

Tabelle 6

Westpendler im Zeitverlauf

Es pendelten im Jahr	Westpendler der		
	1. Generation <sup>1)</sup>	2. Generation <sup>2)</sup>	3. Generation <sup>3)</sup>
	in vH		
1991	100	—	—
1992	57	100	—
1993	37	54	100
1994 <sup>4)</sup>	24	37	46

1) Erstmals 1991 als Westpendler beobachtet. — 2) Erstmals 1992 als Westpendler beobachtet. — 3) Erstmals 1993 als Westpendler beobachtet. — 4) Für 1994 vorläufige Hochrechnung.  
Quelle: SOEP.

Nach einem Jahr waren es noch 57 vH gewesen. Demgegenüber hatten diejenigen Westpendler, die erst 1992 oder 1993 im Westen eine Arbeit aufgenommen haben, niedrigere Verbleibswahrscheinlichkeiten aufzuweisen<sup>11</sup>. Vergleicht man die demographischen Strukturen der verschiedenen „Generationen“ von Pendlern, so wird deutlich, daß der Anteil der Frauen, die mit dem Pendeln begonnen haben, stetig zugenommen hat (nicht in einer Tabelle dargestellt). Ebenso steigt das Lebensalter leicht; während im Jahre 1991 das durchschnittliche Alter bei 30 Jahren lag, betrug es 1994 etwa 36 Jahre. Gestiegen ist ebenfalls der Anteil derjenigen, die sich Westberlin als Arbeitsstätte ausgesucht haben. Von den neuen Pendlern wählten 1994 über 60 vH Westberlin, während es im Jahre 1991 nur etwa 30 vH waren. Insgesamt arbeiteten im Frühjahr 1994 die Hälfte aller Westpendler in Westberlin<sup>12</sup>.

<sup>11</sup> Den Analysen liegen die Längsschnittinformationen des SOEP zugrunde, um die individuelle Stabilität von Pendlern zu ermitteln. Dies ist möglich, da bei Panelstudien dieselben Personen mehrere Jahre lang befragt werden.

<sup>12</sup> Vgl. auch Klaus-Peter Gaulke: Arbeitslosenstruktur und Bewegungen bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Berlin. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 152, Berlin 1994, S. 71 ff.

## Die Einkommen in Ostdeutschland steigen weiter — auch die Einkommensarmut nimmt wieder zu

*Mit dem vorliegenden Bericht setzt das DIW die im letzten Jahr begonnene Berichterstattung zur Armutsentwicklung in Ostdeutschland fort<sup>1</sup>. Definiert man Armut anhand der Einkommensverteilung in Ostdeutschland, so ergeben sich wieder steigende Armutsraten. Wird die Armut in Ostdeutschland hingegen am Durchschnittseinkommen in Westdeutschland gemessen, so zeigen sich aufgrund der Reduzierung des Wohlstandsgefälles zunächst stark und jetzt langsam sinkende Armutsraten. Die Armutsentwicklung erfolgt vor dem Hintergrund kontinuierlich steigender Durchschnittseinkommen bei einer starken Reduzierung der Erwerbsbeteiligung.*

### Einkommen in Ostdeutschland steigen weiter

Die Einkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland sind seit der deutschen Vereinigung ständig gestiegen. Die weit höheren Einkommen in Westdeutschland haben im selben Zeitraum nur geringfügig zugenommen. Diese Entwicklung setzte sich nach den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) 1994 fort<sup>2</sup>.

Im Vergleich zu 1993 sind die durchschnittlichen Haushalts-Nettoeinkommen in Ostdeutschland von 2 957 DM auf 3 216 DM und die entsprechenden bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen<sup>3</sup> von 1 250 DM auf 1 376 DM gestiegen. Letzteres entspricht einer Steigerung der Einkommen um 10 vH. Verglichen mit den Steigerungsraten von 1992 und 1993 haben sich die Einkommenszuwächse in Ostdeutschland damit spürbar verringert. Sie liegen aber nach wie vor weit über den Einkommenssteigerungen in Westdeutschland.

Die Preissteigerungsraten waren 1994 in Ostdeutschland nur geringfügig höher als in Westdeutschland. Die daraus abgeleiteten Kaufkraftunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland haben sich dabei kaum weiter verringert. Der Einkommensabstand zwischen Ost- und Westdeutschland betrug 1994 nominal noch reichlich ein Viertel, nach Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden erreichten die Einkommen in Ostdeutschland im Durchschnitt etwas mehr als 80 vH der Durchschnittseinkommen in Westdeutschland. Die Einkommensungleichheit war in Ostdeutschland zur Zeit der Vereinigung wesentlich geringer als in Westdeutschland. Sie hat sich seitdem — wenn auch langsam — erhöht. Jedoch sind auch im Jahr 1994 die Einkommen in Westdeutschland noch deutlich ungleicher verteilt als in Ostdeutschland.

### Rückgang der Erwerbsbeteiligung

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden maßgeblich durch die Beteiligung am Erwerbsleben bestimmt. In Ostdeutschland hat sich die Erwerbsbeteiligung seit der Vereinigung stark verringert.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung ging der Anteil der Vollzeitbeschäftigten seit 1990 von 46,9 vH auf 34,4 vH im Jahre 1994 zurück und dürfte damit auf gleicher Höhe lie-

gen wie in Westdeutschland. Der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an der Bevölkerung hat sich von 1990 bis 1992 von 6,7 vH auf 3 vH reduziert und ist 1993 wieder etwas gestiegen (3,4 vH); der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen ist in Westdeutschland höher (8,3 vH). Der Anteil an Personen in betrieblicher Ausbildung beträgt in West- und Ostdeutschland gleichermaßen etwa 2 vH. Offene Arbeitslosigkeit trat in Ostdeutschland im Frühjahr 1990 kaum auf. Der Bevölkerungsanteil in Arbeitslosigkeit ist bis 1994 von 0,6 vH auf 11,2 vH gestiegen; in Westdeutschland sind 1993 nur 3,3 vH der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Bevölkerungsanteil in Aus- oder Weiterbildung hat in Ostdeutschland seit der Vereinigung zugenommen, liegt aber unter dem entsprechenden Anteil in Westdeutschland. Der Anteil der Nichterwerbstätigen an der Bevölkerung ist in Ostdeutschland seit 1990 von 41,7 vH auf 45,8 vH gestiegen, liegt aber noch deutlich unter dem Vergleichswert in Westdeutschland (49 vH).

Die differenzierte Betrachtung der Personen im erwerbsfähigen Alter von 16 bis 65 Jahren nach Geschlecht offenbart weitere Strukturunterschiede in der Erwerbsbeteiligung zwischen Ost- und Westdeutschland (Tabelle 2). Der Anteil der vollzeiterwerbstätigen Männer in Ostdeutschland ist von 1990 bis 1994 um mehr als 20 Prozentpunkte gesunken und lag im Jahr 1994 bereits deutlich unter dem Vergleichswert in Westdeutschland. Der Anteil der arbeitslosen Männer hat sich von 1 vH auf über 13 vH erhöht, der Anteil der nichterwerbstätigen Männer im erwerbsfähigen Alter ist inzwischen in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland.

Unter den Frauen in derselben Altersgruppe ist der Anteil der Vollzeiterwerbstätigen von 1990 bis 1994 um 15 Pro-

<sup>1</sup> Vgl. Einkommensarmut in Ostdeutschland nimmt nicht mehr zu. Bearb.: Peter Krause. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/1993.

<sup>2</sup> Datenbasis ist das sozio-oekonomische Panel (SOEP). Die Befragung findet immer im Frühjahr eines jeden Jahres statt (vgl. Projektgruppe Panel, Zehn Jahre Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2, 1993, S. 27-42.).

<sup>3</sup> Die Bedarfsgewichte werden herangezogen, um die Einkommen unterschiedlicher Haushaltsgrößen vergleichbar zu machen. Sie sind abgeleitet aus den aktualisierten Regelsatzproportionen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vom Juli 1990.

Tabelle 1

Verfügbare Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte<sup>1)</sup>

	1990	1991	1992	1993	1994 <sup>2)</sup>
Haushaltseinkommen (nominal)					
Ost	1 765	2 123	2 529	2 957	3 216
West	3 626	3 700	3 924	4 033	4 190
Äquivalenzeinkommen (nominal) <sup>3)</sup>					
Ost (DM)	727	872	1 066	1 250	1 376
West (DM)	1 580	1 632	1 715	1 805	1 888
Steigerung der Äquivalenzeinkommen gegenüber Vorjahr					
Ost (DM)	—	+20,1	+22,3	+17,2	+9,9
West (DM)	—	+3,5	+5,3	+5,5	+3,9
Preisindizes (Jahresdurchschnitt 1991 = 100)					
Ost	84,6	96,9	110,5	120,4	124,3
West	96,0	98,7	103,1	107,5	110,7
Kaufkraftunterschiede (1. Quartal 1991 = 130,5 <sup>4)</sup> ) Ost (West = 100)	143,3	128,6	117,8	112,7	112,4
Relativer Einkommensabstand zwischen Ost- und Westdeutschland					
nominal	46,0	53,4	62,0	68,9	72,9
kaufkraftbereinigt	65,9	68,6	73,1	77,7	81,9
Einkommensungleichheit in Ost- und Westdeutschland (Gini-Koeffizient) <sup>5)</sup>					
Ost	,184	,192	,195	,208	,217
West	,264	,259	,261	,270	—

1) Die Angaben beziehen sich auf die Personengesamtheit im Haushalt. — 2) Die Angaben für 1994 beruhen in Ostdeutschland noch auf einem vorläufigen Hochrechnungsrahmen. Die entsprechenden Angaben für Westdeutschland sind Schätzwerte, die sich durch Fortschreiben der Einkommenswerte von 1993 mit einer Steigerungsrate von 3,9 vH ergeben. Dies ist die Steigerung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nach der VGR des DIW zwischen dem ersten Quartal 1993 und dem ersten Quartal 1994. — 3) Bedarfsgewichte werden herangezogen, um die Einkommen unterschiedlicher Haushaltsgrößen zu vergleichen. Sie sind abgeleitet aus den aktualisierten Regelsatzproportionen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vom Juli 1990. — 4) Die Berechnung der Kaufkraftparitäten erfolgt auf der Grundlage der ermittelten Kaufkraftunterschiede im 1. Quartal 1991 (vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 29/1991) Arbeitnehmerhaushalte = 129, Rentnerhaushalte = 137). Aus diesen Werten wurde bei Berücksichtigung der demographischen Verteilung ein durchschnittlicher Gesamtindex von 130,5 geschätzt (West = 100). Die ausgewiesenen Kaufkraftunterschiede für die Erhebungsperiode des SOEP ergeben sich durch Fortschreibung dieses Schätzwertes mittels der relativen Preissteigerungsraten in Ost- zu Westdeutschland, bezogen auf den Jahresdurchschnitt 1991.— 5) Der Gini-Koeffizient mißt die Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen. Ein Wert von 0 gibt an, daß alle Personen über das gleiche Einkommen verfügen; ein Wert von 1.0 zeigt, daß alle Einkommen bei einer Person kumuliert sind und alle anderen Personen kein Einkommen haben.

Quelle: SOEP.

zentpunkte zurückgegangen; er liegt aber immer noch um etwa 10 Prozentpunkte über dem westdeutschen Vergleichswert. Der Anteil der teilzeiterwerbstätigen Frauen hat sich seit 1990 halbiert und liegt 1994 weit unter dem in Westdeutschland. Frauen sind in Ostdeutschland stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Der Anteil der nichterwerbstätigen Frauen hat in Ostdeutschland seit 1990 nur geringfügig zugenommen und liegt nach wie vor weit unter dem entsprechenden Anteilswert in Westdeutschland.

Der ständige Einkommensanstieg bei nur langsam zunehmender Einkommensungleichheit hat vor dem Hintergrund einer starken Veränderung der Erwerbsbeteiligung

stattgefunden. In dieser Phase des ostdeutschen Transformationsprozesses kommt dem hohen Anteil der Frauenerwerbstätigkeit eine Schlüsselrolle bei der Sicherung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zu.

**Einkommensarmut nimmt wieder zu**

Die Berechnung des Armutsumfangs erfolgt nach den Empfehlungen der Europäischen Union. Als verarmt gelten danach Personen, Familien oder Personengruppen, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Mini-

Tabelle 2

Erwerbsbeteiligung in Ost- und Westdeutschland  
in vH der Bevölkerung

	Vollzeit	Teilzeit	betriebl. Ausbildung	Arbeitslose	sonstige Ausbildung <sup>1)</sup>	Nicht- erwerbst.
<b>Insgesamt</b>						
Ost 1990	46,9	6,7	2,0	0,6	2,1	41,7
Ost 1991	40,9	4,1	1,9	7,3	2,2	43,6
Ost 1992	36,8	3,0	2,1	10,9	2,8	44,4
Ost 1993	35,0	3,3	2,8	11,1	2,8	44,9
Ost 1994 <sup>2)</sup>	34,4	3,4	2,7	11,2	2,6	45,8
West 1990	34,4	7,6	2,7	2,4	3,7	49,3
West 1993	33,8	8,3	2,2	3,3	3,6	48,7
<b>Männer im Alter von 16 - 65 Jahren</b>						
Ost 1990	84,5	0,7	3,6	1,0	3,2	7,0
Ost 1991	72,8	1,1	3,3	9,1	3,1	10,7
Ost 1992	66,1	0,8	3,7	13,0	3,3	13,0
Ost 1993	62,7	0,9	4,7	14,5	4,2	13,1
Ost 1994 <sup>2)</sup>	61,7	1,3	3,9	13,4	3,4	16,3
West 1990	71,2	2,5	4,7	3,8	6,2	11,6
West 1993	70,9	2,7	3,3	6,1	5,9	11,1
<b>Frauen im Alter von 16 - 65 Jahren</b>						
Ost 1990	55,2	18,0	2,4	0,8	3,1	20,4
Ost 1991	49,4	10,6	2,4	12,6	3,4	21,6
Ost 1992	44,6	8,0	2,7	19,5	5,0	20,2
Ost 1993	42,9	8,9	3,8	18,9	4,3	21,2
Ost 1994 <sup>2)</sup>	40,3	8,9	4,0	19,8	4,2	22,8
West 1990	30,8	19,8	3,3	3,4	4,8	37,9
West 1993	31,7	21,5	3,4	4,0	4,9	34,6

1) Nichterwerbstätige, die eine Schule oder Hochschule besuchen, eine Berufsausbildung machen oder an einem Weiterbildungslehrgang teilnehmen. — 2) Die Angaben für 1994 beruhen in Ostdeutschland auf einem vorläufigen Hochrechnungsrahmen.  
Quelle: SOEP.

zum anwendbar ist<sup>4</sup>. Armut bezeichnet nach dieser Definition ein sozio-kulturelles Existenzminimum, gemessen als relativer Abstand zu den im Land herrschenden Lebensbedingungen. Dabei werden 50 vH der landesspezifischen Durchschnittseinkommen als Armutsschwellenwerte angesehen. Wer in einem Haushalt lebt, dessen Einkommen nicht mehr als die Hälfte des mittleren Einkommens aller privaten Haushalte beträgt, gilt demnach als arm. Ergänzend dazu werden im allgemeinen 40 vH der Durchschnittseinkommen als Schwellenwert zur Kennzeichnung strenger Armut und 60 vH der Durchschnittseinkommen zur Abgrenzung eines Niedrigeinkommensbereichs ausgewiesen<sup>5</sup>.

Nach dieser Berechnungsweise ergeben sich für Westdeutschland im mehrjährigen Vergleich Armutsraten von 10 vH bis 12 vH (vgl. auch Tabelle 3). In strenger Armut leben 4 bis 5 vH der Bevölkerung. Insgesamt verfügen 18 bis 20 vH der westdeutschen Bevölkerung über Einkommen im Niedrigeinkommensbereich<sup>6</sup>. Im Jahr 1993 hat die Armut in Westdeutschland — wahrscheinlich konjunkturbedingt — zugenommen.

Die oben genannte Armutsdefinition unterstellt, daß das Durchschnittseinkommen ein Referenzniveau des Wohl-

standes bildet, das für alle Bewohner eines Landes gleichermaßen als Orientierung dient. Für Ostdeutschland ergeben sich unterschiedliche Armutsraten je nachdem, ob ostdeutsche oder westdeutsche Durchschnittseinkommen der Armutsberechnung zugrunde gelegt werden.

Gemessen an der westdeutschen Einkommensverteilung errechnen sich aufgrund des kräftigen Einkommensanstiegs in Ostdeutschland bis 1994 sinkende Armutsraten. Zum Zeitpunkt der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war demnach mehr als ein Viertel der Ostdeutschen als einkommensarm zu bezeichnen, im Frühjahr 1994 waren es nur noch 16 vH (vgl. Tabelle 4). Die Auswirkungen des Beschäftigungsrückganges auf die Einkom-

<sup>4</sup> Die Europäische Gemeinschaft im Kampf gegen Armut. In: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 9, 1987.

<sup>5</sup> Vgl. Richard Hauser, Helga Cremer-Schäfer und Udo Nouvertne, Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung, Frankfurt am Main, New York, Campus, 1981; sowie Richard Hauser, Werner Hübinger, Arme unter uns, Freiburg im Breisgau, Lambertus-Verlag, 1993.

<sup>6</sup> Zur Armutsentwicklung in Westdeutschland vor 1990 vgl. Roland Habich und Peter Krause, Armut. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1994.

Tabelle 3

**Relative Einkommensarmut in westdeutschen Privathaushalten  
in vH der Bevölkerung**

	1990	1991	1992	1993
Nach dem westdeutschen Durchschnittseinkommen (Mittelwert in DM)	(1 581)	(1 636)	(1 722)	(1 817)
40 vH-Schwelle	3,9	4,3	4,4	5,2
50 vH-Schwelle	10,5	10,0	10,0	11,3
60 vH-Schwelle	18,5	18,0	18,6	19,8

1) Armutsschwellenwert in vH des bedarfsgewichteten Durchschnittseinkommens. Die Bedarfsgewichte werden herangezogen, um die Einkommen unterschiedlicher Haushaltsgrößen zu vergleichen. Sie sind abgeleitet aus den aktualisierten Regelsatzproportionen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vom Juli 1990.

Quelle: SOEP.

mensverteilung der privaten Haushalte in Ostdeutschland werden in dieser Betrachtung durch die stark gestiegenen Durchschnittseinkommen überkompensiert. Geht man hingegen ausschließlich vom ostdeutschen Einkommensdurchschnitt aus, so ergeben sich aufgrund der zunehmend ungleicheren Einkommensverteilung im Zeitraum 1990 bis 1994 von 3,5 vH auf 8,9 vH steigende Armutsraten.

Mit anderen Worten: Wird die Armutsberechnung in Ostdeutschland ausschließlich am Durchschnittseinkommen in Westdeutschland gemessen, so sind die Armutsraten in

Ostdeutschland nach der Vereinigung gesunken. Wird hingegen unterstellt, daß die Bevölkerung allein die Verhältnisse der neuen Bundesländer im Blick hat, und wird bei der Berechnung der Armutsraten die ostdeutsche Einkommensverteilung zugrunde gelegt, so sind die Armutsraten nach der Vereinigung stark gestiegen; der arme Teil der Bevölkerung ist aber erheblich kleiner als bei Verwendung westdeutscher Maßstäbe. Nach dieser Betrachtungsweise nahm die Einkommensarmut in Ostdeutschland im Jahre 1994 deutlich zu.

Tabelle 4

**Relative Einkommensarmut in ostdeutschen Privathaushalten  
in vH der Bevölkerung**

	1990	1991	1992	1993	1994 <sup>1)</sup>
Nach dem westdeutschen Durchschnittseinkommen, kaufkraftbereinigt (Mittelwert in DM)	(1 104)	(1 272)	(1 462)	(1 613)	(1 680)
40 vH-Schwelle	9,9	8,3	7,8	6,9	8,5
50 vH-Schwelle	26,7	20,5	17,8	16,0	15,6
60 vH-Schwelle	45,6	38,2	32,2	29,2	25,3
Nach dem ostdeutschen Durchschnittseinkommen (Mittelwert in DM)	(727)	(873)	(1 068)	(1 252)	(1 376)
40 vH-Schwelle	0,8	2,4	2,3	2,9	3,3
50 vH-Schwelle	3,5	4,3	6,0	6,1	8,9
60 vH-Schwelle	8,6	9,4	11,4	11,6	14,3
Nach dem subjektiv erwarteten Durchschnittseinkommen <sup>2)</sup> in Ostdeutschland (Mittelwert in DM)	(737)	(969)	(1 201)	(1 365)	(1 511)
40 vH-Schwelle	1,2	3,4	4,1	3,7	5,8
50 vH-Schwelle	3,9	6,5	8,4	8,2	11,0
60 vH-Schwelle	10,7	16,0	17,2	16,4	19,1

1) Die Anteilswerte beruhen noch auf einem vorläufigen Hochrechnungsrahmen. — 2) Die durchschnittliche Zufriedenheitsbewertung der Einkommen lag in Westdeutschland vor der Vereinigung konstant bei 6,5. Die subjektiven erwarteten Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland sind die Einkommenswerte, die dieser durchschnittlichen Zufriedenheitsbewertung in Westdeutschland entsprechen.

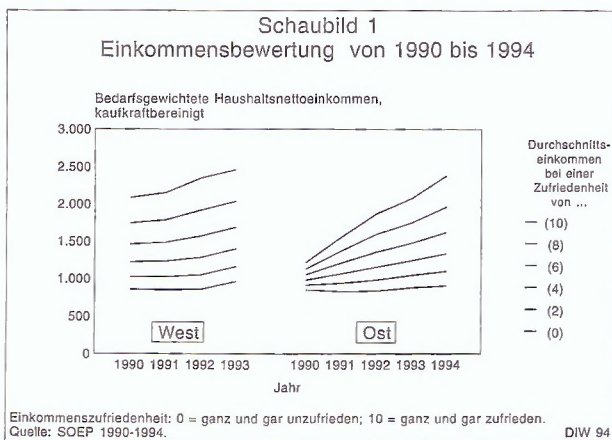
Quelle: SOEP.

### Angleichung der Bewertungsmaßstäbe

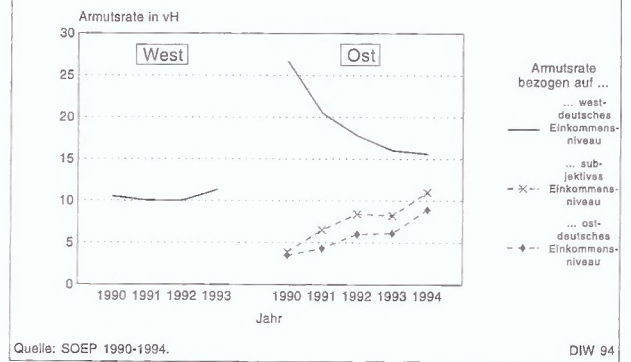
Zusätzlich zu diesen Berechnungen läßt sich anhand der Befragungsdaten des SOEP prüfen, wie sich der Bewertungsmaßstab der Einkommen in Ostdeutschland entwickelt hat. So ist es möglich, den sich verändernden Lebensumständen in den neuen Bundesländern angemessene Armutsraten zu berechnen.

Wie sich die ökonomischen Bewertungsmaßstäbe in Ostdeutschland seit der Vereinigung schrittweise an das westdeutsche Niveau anpassen, geht aus Schaubild 1 hervor. Hier sind im mehrjährigen Verlauf jeweils sechs Einkommenslinien abgetragen. Sie zeigen die durchschnittlichen Haushaltseinkommen, die von Personen mit unterschiedlich hoher Zufriedenheit mit dem Einkommen angegeben werden. Die unterste Einkommenslinie steht für Personen, die mit ihrem Haushaltseinkommen „ganz und gar unzufrieden“ sind. Die oberste Einkommenslinie repräsentiert die Einkommen der „ganz und gar Zufriedenen“. Die Befragten geben auf einer Skala, die von Null (ganz und gar unzufrieden) bis zehn (ganz und gar zufrieden) reicht, ihre Bewertung ihres Haushalts-Nettoeinkommens an<sup>7</sup>. Die untersten drei Linien zusammengenommen (Einkommenszufriedenheit zwischen 0 und 4) werden als unzureichende Einkommensniveaus interpretiert. Der linke Teil des Schaubildes zeigt, daß die westdeutschen Einkommensmuster im unteren Bereich weitgehend stabil sind. Im mittleren und höheren Bewertungsbereich ist in der Beobachtungsperiode eine Zunahme der Einkommen zu verzeichnen, die 1993 auch von den unteren Einkommensgruppen nachgeholt wird.

Deutlich zeigt sich im rechten Teil der Grafik, wie sich die Einkommensbewertung in Ostdeutschland von 1990 bis 1994 schrittweise hin zum westdeutschen Niveau entwickelt. Nach Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden werden in Ostdeutschland dieselben niedrigen Einkommensniveaus als unzureichend betrachtet wie in Westdeutschland. Unterschiede im Bewertungsmaßstab zwischen Ost und West bestanden zunächst bei den mittleren und vor allem bei den höheren Einkommen, nicht dage-



**Schaubild 2**  
Armutsraten im vereinigten Deutschland 1990 bis 1994



gen bei den unteren. Im Jahr 1994 sind die Bewertungsmaßstäbe auch im höheren Einkommensbereich nahezu angeglichen.

Legt man zur Bestimmung der Armutsgrenzen in Ostdeutschland anstelle des ostdeutschen Durchschnittseinkommens jenes Einkommensniveau zugrunde, das der langjährigen mittleren Bewertung der Einkommen in Westdeutschland entspricht<sup>8</sup>, so erhält man den Armutsumfang in Ostdeutschland, von dem man annehmen kann, daß er in der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung am ehesten mit den westdeutschen Armutsraten vergleichbar ist. Hierbei ergibt sich ein Anstieg der Armutsraten von 3,9 vH im Jahre 1990 auf 11,0 vH im Jahre 1994 (vgl. den unteren Block in Tabelle 4). Der Armutsumfang in Ostdeutschland hat demnach 1994 dasselbe Niveau wie in Westdeutschland.

### Fazit

Die Armutsentwicklungen lassen sich im vereinten Deutschland wie folgt zusammenfassen (vgl. Schaubild 2). In Westdeutschland lebten von 1990 bis 1994 etwa 10 vH der Bevölkerung in Haushalten mit verfügbarem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle von 50 vH des bedarfsgewichteten Durchschnittseinkommens.

In Ostdeutschland muß bei der Bestimmung der Armutsraten danach unterschieden werden, ob sich die Berechnung am ostdeutschen Durchschnittseinkommen, am westdeutschen Durchschnittseinkommen oder an dem subjektiv erwarteten Durchschnittseinkommen orientiert.

<sup>7</sup> Vgl. Einkommensverteilung und Einkommenszufriedenheit in ostdeutschen Privathaushalten. Bearb.: Joachim Frick, Richard Hauser, Klaus Müller und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/1993.

<sup>8</sup> Die Mittelwerte der Einkommenszufriedenheit lagen in Westdeutschland vor der Vereinigung konstant bei 6,5 (0 = ganz und gar unzufrieden; 10 = ganz und gar zufrieden). Nach der Vereinigung hat sich durchschnittlichen Einkommenszufriedenheit etwas erhöht (1990: 6,7; 1991: 6,9; 1992: 6,7). Zur Berechnungsweise vgl. Peter Krause, Armut im Wohlstand: Betroffenheit und Folgen. In: DIW-Diskussionspapier Nr. 88, Berlin, 1994.

Die Armutsraten setzen sich 1994 in Ostdeutschland demnach wie folgt zusammen: 8,9 vH-Punkte der ostdeutschen Einkommensarmut gehen auf die Ungleichheit der Einkommensverteilung in Ostdeutschland zurück; weitere 2,1 vH der Bevölkerung leben in Armut aufgrund des veränderten Anspruchsniveaus (vertikale Differenz zwischen den unteren Linien im rechten Teil von Schaubild 2). Der subjektiv wahrgenommene Armutsumfang in Ostdeutsch-

land liegt somit im Jahr 1994 bei 11 vH und hat dasselbe Niveau wie in Westdeutschland. Weitere 4,6 vH-Punkte der Bevölkerung leben in Einkommensverhältnissen, die, gemessen am westdeutschen Durchschnittseinkommen, als arm zu bezeichnen sind. Der Armutsumfang liegt nach diesem Kriterium in Ostdeutschland 1994 bei insgesamt 15,6 vH der Bevölkerung in Privathaushalten.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin  
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Ost-West-Pendeln gehört zur Normalität des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes.* Bearbeitet von Stefan Sandbrink, Jürgen Schupp und Gert Wagner. —  
*Die Einkommen in Ostdeutschland steigen weiter — auch die Einkommensarmut nimmt wieder zu.* Bearbeitet von Peter Krause.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304